

Jahresversammlung = Assemblée des délégués

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Pro Senectute : schweizerische Zeitschrift für Altersfürsorge, Alterspflege und Altersversicherung**

Band (Jahr): **9 (1931)**

Heft 4

PDF erstellt am: **27.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Jahresversammlung.

Die 14. Abgeordnetenversammlung der Schweizerischen Stiftung „Für das Alter“, welche am 7. Oktober unter dem Vorsitz von Bundesrat Motta in Bern zusammentrat, stand ganz unter dem Eindruck der bevorstehenden Abstimmung über die eidgenössische Alters- und Hinterlassenenversicherung. Schon die freie Aussprache am Vormittag war, im Anschluß an ein kurzes Referat von Zentralsekretär Dr. W. Ammann, dem Verhältnis der Stiftung zur Versicherungsvorlage gewidmet.

Mit großer Spannung sahen die 58 Damen und Herren, darunter 41 Abgeordnete von 23 Kantonalkomitees und 5 Delegierte der Schweizerischen Gemeinnützigen Gesellschaft, die sich zu der eigentlichen Abgeordnetenversammlung am Nachmittag einfanden, der Eröffnungsansprache des Präsidenten entgegen. Nach tiefempfundenen Worten der Erinnerung und des Dankes an die im Laufe des Jahres gestorbenen und zurückgetretenen Mitarbeiter der Stiftung ging Bundesrat Motta zu einer Würdigung der Versicherungsvorlage über. Es ist ein Hauptzweck der Stiftung, die Idee und die Sache der Altersversicherung zu fördern. Es ist durchaus im Sinne des Stiftungszweckes, wenn wir heute zu dem Gesetze Stellung nehmen. Das Bestehen und die Tätigkeit der Stiftung haben wesentlich dazu beigetragen, in unserem Volke den Sinn für die Sozialversicherung zu wecken. Alle, welche die alten Leute in ihrer Not und ihrem Elend gesehen haben, fühlen und begreifen, daß die Altersversicherung eine Notwendigkeit ist. Der 6. Dezember wird ein großer Tag sein. Das Gesetz weist drei Hauptvorteile auf. In erster Linie ist es einfach und entspricht vollständig dem föderativen Aufbau unseres Staatswesens. Die ganze Verwaltung ist dezentralisiert. Die Träger der Versicherung sind die Kantone und diejenigen Bürger, welche — mit Recht — den föderalistischen Charakter der Eidgenossenschaft bewahren möchten, sollten sich sagen, daß ein föderalistischeres Gesetz gar nicht möglich ist. Das Gesetz ist richtig fundiert und es ist kein finanzielles Abenteuer, es anzunehmen. Es wird auf das Bundesbudget keine große Rückwirkung haben. Der zweite große Vorzug des Gesetzes besteht darin, daß es keine Klassen-, sondern eine Volksversicherung erstrebt. Es gibt Bürger, die das nicht richtig verstehen wollen. Als Bürger des gleichen

Landes bilden wir eine Schicksalsgemeinschaft. Wir fühlen uns solidarisch verbunden durch ein Werk, das für alle geschaffen ist. Als dritter Hauptvorzug ist anzusehen, daß das Gesetz jedem mit dem Rentenanspruch das Aequivalent dafür gibt, was er an Prämien geleistet hat. Prämien sind keine Steuern. Nur dadurch, daß eine Prämie geleistet wird und die Rente das Aequivalent dafür bildet, erhält die Versicherungsleistung ihren hohen sittlichen Charakter. Jeder erhält ein Recht auf die Rente. Der Bürger ist nicht auf die Willkür, die Almosenbereitschaft anderer angewiesen. Dies adelt den Versicherungsanspruch. Jeder Bürger, der nicht wohlhabend ist, sondern in bescheidenen Verhältnissen lebt, erhält zu der Grundrente eine soziale Hilfe. Diese Rente ist der Ausdruck ausgleichender Gerechtigkeit im Volke. Deshalb glaubt der bundesrätliche Sprecher, allen Volksgenossen das Gesetz mit guten Gründen und einem guten Gewissen empfehlen zu können.

Wir leben in einer Krisenzeit. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind schwierig geworden. Es wird behauptet, die Annahme des Gesetzes in der gegenwärtigen Situation könnte den Finanzkredit des Landes gefährden. Man solle die Verwirklichung auf bessere Zeiten verschieben. Diese Argumentation ist mit aller Entschiedenheit abzulehnen. Gerade wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse unstet sind, leiden die schwachen Volksgenossen besonders schwer darunter. Daher soll dieses Werk gerade jetzt geschaffen werden. Das Beispiel unseres Volkes, das in so schwierigen Zeiten den Mut aufbringt, ein solches Werk ins Leben zu rufen, wird den sittlichen Ruf der Schweiz erhöhen. Die Krise ist ein Argument nicht gegen, sondern für die Vorlage. Bundesrat Motta richtet einen besonderen Appell an die Frauenwelt. Die Herzen der Frauen sind die Quelle der reinsten und höchsten Menschenliebe. Das Werk ist noch mehr für die Frauen bestimmt als für die Männer; denn es denkt nicht nur an die Greise und Greisinnen, sondern auch an die Witwen und Waisen, nicht in einem großen Ausmaß, nicht so, daß der Sinn für Ersparnis erstickt wird, aber so, daß die bleiche Not sich nicht in die Häuser einschleichen kann. Wenn die Frauen mit ihren Männern, mit ihren Brüdern und Vätern reden, können sie viel ausrichten.

Nach warmen Worten des Dankes an die Presse, welche immer die Helferin der Stiftung gewesen ist und ihre Ideen und Beratungen in die breite Öffentlichkeit hinausgetragen hat, geht

der Präsident zur Erledigung der Verhandlungsgegenstände über. Jahresbericht und Jahresrechnung 1930 werden, nach Entgegennahme des Berichtes der Rechnungsrevisoren, unter Verdankung der Dienste des Direktionskomitees und ganz besonders von Zentralquästor W. Gürtler genehmigt. Auf Antrag des Direktionskomitees, begründet von dessen Präsidenten Dr. F. Wegmann, werden folgende Subventionen und Kredite aus der Zentralkasse bewilligt: Altersheim Herzogenbuchsee Franken 5,000, Altersheim des Bezirks Lenzburg in Seon Fr. 5,000, Asilo-Ricovero S. Donato in Intragna Fr. 3,000, Hospice St-Joseph in Châtel-St-Denis Fr. 2,000, Ostschweizerisches Blinden-Altersheim in Heiligkreuz bei St. Gallen (2. Rate) Fr. 5,000, Kredit für Beiträge an Asylversorgungen alter Blinder und Taubstummer Fr. 7,000, Kredit für Altersfürsorge in Berggegenden Fr. 3,000, Kredit des Direktionskomitees Fr. 4,000, zusammen Fr. 34,000. Dazu kommt ein außerordentlicher Beitrag von Fr. 15,000 an das st. gallische Kantonalkomitee als Hilfe für den von der Krise besonders mitgenommenen Kanton St. Gallen. Wie in den Vorjahren wurden den Kantonalkomitees 92 Prozent und der Zentralkasse 8 Prozent der Sammlungsergebnisse des laufenden Jahres zugesprochen. Als Nachfolger von Direktor L. Genoud in Freiburg wurde a. Minister Dr. J. Chofat in Pruntrut in das Direktionskomitee gewählt.

Nun folgte das Haupttraktandum, die Stellungnahme der Stiftung zur eidgenössischen Alters- und Hinterlassenenversicherung. Der Wunsch des Vorsitzenden, daß auch in dieser Frage nach Möglichkeit die Eintracht gewahrt werde, die bisher immer die Beschlüsse der Versammlung beseelt habe, ging insofern in Erfüllung, als die Opposition gegen den Resolutionsentwurf, der von Dr. J. Kaelin aus Solothurn in deutscher und Pfarrer M. Borel aus La Chaux-de-Fonds in französischer Sprache verlesen und zur Annahme empfohlen wurde, in den verbindlichsten Formen sich äußerte. Nach einer lebhaften Diskussion nahm die Abgeordnetenversammlung mit 42 gegen 4 Stimmen von Delegierten der Waadt, des Wallis und von Jura-Nord folgende Resolution an: „Die Abgeordnetenversammlung der Stiftung ‚Für das Alter‘ vom 7. Oktober 1931 erblickt in dem Bundesgesetz vom 17. Juni 1931 eine zweckentsprechende Lösung der Altersversicherung. Getreu ihrem Stiftungszweck, ‚alle Bestrebungen zur Förderung der Altersversicherung und insbesondere auch der gesetzlichen, zu unterstützen‘, tritt

sie nachdrücklich für die Annahme des Gesetzes ein. Sie bittet das Schweizervolk, am 6. Dezember 1931 das Versprechen einer Altersversicherung einzulösen, das es am 6. Dezember 1925 seinen Greisen und Greisinnen gegeben hat, und ein entschlossenes Ja in die Urne zu legen.“

Nach Verlesung einer Erklärung von P. Paul-Marie, Vertreter des Walliser Kantonalkomitees, zuhanden des Protokolls, wonach er und die übrigen Vertreter der Minderheit nicht gegen das Gesetz, sondern gegen eine Stellungnahme der Stiftung gestimmt haben, wird das Budget der Zentralkasse für das Jahr 1932 stillschweigend genehmigt. Anschließend daran teilt der Präsident des Direktionskomitees mit, daß aus dem von einem ungenannten Wohltäter gestifteten Fonds für Alterspflege in einzelnen Altersheimen Radio- und Grammophon-Anlagen eingerichtet werden konnten, welche den betagten Insassen große Freude und Abwechslung in ihrem eintönigen Dasein bereiten. Mit den besten Wünschen für eine glückliche Heimkehr schloß der Präsident die ohne Mißton verlaufene Tagung.

Assemblée des délégués.

La 14ème assemblée des délégués de la Fondation „Pour la vieillesse“, tenue à Berne le 7 octobre 1931 sous la présidence de M. le Conseiller fédéral Motta, eut lieu sous le signe de la prochaine votation sur *la loi de l'assurance-vieillesse et survivants*. Cette question fut traitée déjà à la réunion du matin, et introduite par un bref exposé du secrétaire général M. le Dr. W. Ammann. C'est avec un vif intérêt que les 58 dames et messieurs, dont 41 délégués de 23 Comités cantonaux, et 5 représentants de la Société suisse d'Utilité publique, se groupèrent pour écouter le discours d'ouverture de l'Assemblée générale de M. le président Motta.

Après avoir rappelé en termes émus et reconnaissants le souvenir de quelques collaborateurs dévoués, décédés au cours de l'année, M. le Conseiller fédéral Motta aborda la question de l'assurance-vieillesse. Pour lui, c'est un des devoirs primordiaux de la Fondation de favoriser l'introduction de cette assurance, et — d'après nos statuts — notre œuvre doit pren-

dre position. L'existence même et l'activité de notre Fondation ont contribué à développer dans le peuple la compréhension en faveur des assurances sociales. Tous ceux qui ont été en contact avec les vieillards et qui ont vu et senti leurs difficultés et leurs détresses, savent que l'assurance-vieillesse est une nécessité. Le 6 décembre sera une journée mémorable. La loi qui nous est soumise présente trois avantages essentiels: elle est simple et fédéraliste, l'administration est décentralisée et remise aux cantons, aussi les citoyens qui désirent voir leur autonomie conservée aux cantons, ne pourraient concevoir une loi plus fédéraliste; la loi est placée sur des bases financières solides, et l'on ne court aucun risque en l'acceptant puisqu'elle n'aura pas de répercussion sérieuse sur le budget fédéral. Le second avantage réside dans le fait qu'il ne s'agit pas d'une assurance de classes, mais de la population toute entière. Certains citoyens ne comprennent pas qu'il est juste que nous soyons solidairement liés par une œuvre destinée à tous les citoyens, hommes et femmes. Enfin nous considérons comme un troisième avantage que la loi donne droit à des rentes équivalentes aux primes versées. Les primes ne sont point des impôts, et le fait de retirer une rente après avoir payé des primes, donne à la loi qui nous est présentée son caractère normal: chacun reçoit un droit à la rente, et les citoyens n'en sont plus réduits à dépendre de la bienveillance des autres. C'est cela qui donne une certaine noblesse à l'assurance. Tout individu qui ne vit pas dans l'aisance, mais qui se trouve dans le besoin, recevra en plus de la rente de base, un supplément. Cette aide supplémentaire est l'expression d'un sentiment de justice. Pour toutes ces raisons, l'orateur croit pouvoir recommander en bonne conscience l'acceptation de la loi sur l'assurance-vieillesse telle qu'elle nous est présentée.

Nous vivons dans une période de crise économique. On a prétendu qu'en présence de la situation actuelle, l'acceptation de la loi pourrait constituer un danger pour le crédit financier du pays; on a préconisé de remettre toute la question à des temps meilleurs. Ne nous laissons pas troubler par ces arguments; c'est précisément en période de crise que les faibles souffrent le plus. L'exemple que donne notre pays en mettant sur pied actuellement une institution pareille, ne saurait que grandir notre patrie. La situation critique actuelle n'est pas un argument contre la loi, mais bien en sa faveur.

Le Conseiller fédéral Motta adresse un chaleureux appel aux femmes du pays, dont le cœur est une source inépuisable d'amour du prochain. L'œuvre à réaliser par l'assurance est destinée davantage aux femmes qu'aux hommes, puisqu'elle ne s'adresse pas seulement aux vieillards des deux sexes, mais encore aux veuves et aux orphelins, dans le but de les mettre à l'abri des besoins les plus pressants. Si nos femmes suisses s'entretiennent de cette importante question avec leurs maris, leurs frères et leurs pères, leur influence peut être prépondérante.

Après avoir chaudement remercié la presse qui a si largement contribué à répandre les aspirations de la Fondation „Pour la vieillesse“ au sein de notre peuple, le président passe à l'ordre du jour. Le rapport annuel et les comptes sont approuvés après lecture du rapport des commissaires-vérificateurs, avec remerciements au Comité de direction et particulièrement à son dévoué trésorier M. W. Gürtler.

Sur la proposition du président du Comité de direction, les subventions et crédits suivants sont votés sans discussion: à l'asile des vieillards de Herzogenbuchsee frs. 5,000, à l'asile du district de Lenzbourg à Séon frs. 5,000, à l'asile San Donato à Intragna frs. 3,000, à l'hospice St-Joseph à Châtel-St-Denis frs. 2,000, à l'asile des vieillards aveugles Heiligkreuz à St-Gall frs. 5,000 (deuxième versement); crédit en faveur du placement de vieux aveugles et sourd-muets frs. 7,000, crédit destiné aux vieillards des régions montagneuses frs. 3,000; à la disposition du Comité de direction frs. 4,000; au total frs. 34,000. A cette somme vient s'ajouter celle de frs. 15,000 à remettre au Comité cantonal st-gallois, destiné à lui venir en aide en cette période de crise économique qui touche si douloureusement le canton de St-Gall.

Comme précédemment, 92 % de la collecte fut attribué aux cantons, et 8 % à la Caisse centrale pour l'année en cours. M. le ministre J. Choffat de Porrentruy fut appelé à remplacer au sein du Comité de direction M. le directeur Genoud décédé.

On passa ensuite à l'objet le plus important de l'ordre du jour, soit *l'attitude de la Fondation vis-à-vis du projet de loi d'assurance-vieillesse*. Le désir exprimé par le président, d'obtenir une unité de vue sur cette question comme sur toutes celles traitées précédemment, se réalisa dans ce sens que l'op-

position au projet de résolution dont lecture fut donnée par M. Kaelin en allemand et M. le pasteur Borel en français, se manifesta sous une forme parfaitement courtoise. M. Narbel, au nom du Comité cantonal vaudois, déclara combien il lui tenait à cœur d'obtenir une unité de sentiment au sein de l'assemblée des délégués de la Fondation. Cependant la délégation vaudoise a reçu le mandat de son comité de s'opposer à une prise de position de la Fondation au sujet de la votation sur le projet de loi de l'assurance-vieillesse. Bien que le comité vaudois ait pris la décision de rester neutre dans la campagne ouverte au sujet de l'acceptation de la loi proposée, ses délégués ne pourront pas se contenter aujourd'hui de s'abstenir de voter.

Après une discussion animée, la résolution suivante fut adoptée par 42 voix contre 4:

„L'assemblée des délégués de la Fondation „Pour la vieillesse“ estime que la loi fédérale du 17 juin 1931 constitue une solution appropriée de l'assurance-vieillesse. Conformément au but de la Fondation fixé dans les statuts de „soutenir tous les efforts en faveur de l'assurance-vieillesse, en particulier l'assurance-vieillesse légale“, l'assemblée recommande la loi proposée au peuple et engage les citoyens à déposer un OUI dans les urnes à l'occasion de la votation du 6 décembre 1931, afin de tenir à l'égard des vieillards la promesse qui leur a été faite lors de la votation constitutionnelle du 6 décembre 1925.“

Le Rév. P. Paul-Marie, délégué du Comité cantonal du Valais, donne alors lecture d'une déclaration dans laquelle il souligne que le vote de la minorité ne s'adresse pas à la loi, mais exclusivement à la prise de position de la Fondation.

Le budget de 1932 est ensuite adopté sans discussion, puis le président du Comité de direction annonce encore que, grâce à la générosité d'un bienfaiteur anonyme, un fonds de séniculture a pu être institué, fonds qui a déjà pu offrir des installations de gramophone et de radiophonie à plusieurs asiles de vieillards. Enfin M. le président Motta lève sa séance en présentant sa reconnaissance et ses vœux aux fidèles collaborateurs de la Fondation.
